



## BRÜDERLE-Interview für die elde

BRÜDERLE-Interview für die elde <br /><br />BERLIN. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Rainer BRÜDERLE gab der elde (Ausgabe 4-2012) das folgende Interview. Die Fragen stellte Daniel Kölle.<br />elde: Herr Brüderle, haben Sie vor der Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM gezittert?<br />BRÜDERLE: (lacht) So angsteinflößend sind die Richter des Bundesverfassungsgerichts nicht. Aber Spaß beiseite: Die Entscheidung in Karlsruhe hatte schon eine enorme Bedeutung. Ganz Europa hat genau hingesehen und auf das Urteil gewartet. Ich war im Vorfeld sehr zuversichtlich, dass unsere Maßnahmen zur Eurostabilisierung der Prüfung standhalten würden und bin froh, dass das Bundesverfassungsgericht das auch so sieht.<br />elde: Also sicher waren Sie sich nicht?<br />BRÜDERLE: "Vor Gericht und auf hoher See ist man in der Hand Gottes" lautet ein bekanntes Sprichwort. Aber FDP und Union haben sorgfältig gearbeitet. Wir haben über den ESM ausführlich diskutiert, bevor wir ihn mit großer Mehrheit beschlossen haben. Nun steht höchstrichterlich fest: Der ESM ist verfassungskonform und wir können unsere Stabilitätspolitik für unsere Währung fortsetzen.<br />elde: Aber es gab auch Vorbehalte durch das Gericht: eine feste Haftungsgrenze und mehr Informationsrecht für den Bundestag. Hat das die Koalition nicht bedacht?<br />BRÜDERLE: Das Gericht verlangt eine völkerrechtliche Klarstellung, damit mögliche Unsicherheiten des ESM-Vertragstextes ausgeräumt werden. Das ist gut so, denn es entspricht unserer Position, insbesondere was die vereinbarte Haftungsgrenze von 190 Milliarden Euro angeht. Es darf keine Automatismen geben, die am Bundestag vorbei die Haftung Deutschlands erhöhen könnten. Für die Beteiligungsrechte des Bundestages haben gerade wir Liberalen im Parlament hart gerungen. Die Klarstellung des Gerichts stärkt uns als Bundestag den Rücken und das begrüße ich sehr.<br />elde: Der Weg für den ESM ist nun frei und er soll wohl Anfang Oktober in Kraft treten. Ist das denn endlich der Befreiungsschlag in der Eurokrise?<br />BRÜDERLE: Es ist ein enorm wichtiger Schritt. Der ESM enthält klare Regeln dafür, Krisenländern nach klaren Kriterien zu helfen. Um Hilfsmittel zu bekommen, müssen sie harte Einschnitte vornehmen, konsequent Anpassungsprogramme durchführen, sparen und so den Kern allen Übels, die fehlende Wettbewerbsfähigkeit bekämpfen. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wir helfen unseren europäischen Partnern, aber wir verlangen Gegenleistungen dafür. Uns allen muss aber klar sein, dass der Weg, den wir gehen, sehr steinig ist. Wir sind noch nicht über den Berg. Eurorettung ist eher Marathon als Kurzstrecke. Die Ursachen der Schuldenkrise liegen vor allem darin, dass Rot-Grün als eine Art Brandbeschleuniger zuerst die Stabilitätskriterien in Europa gelockert und dann selbst auch noch mit einem fröhlichen Schuldenmachen dagegen verstoßen hat. Andere Länder folgten. Wir müssen den rot-grünen Scherbenhaufen jetzt wegräumen.<br />elde: Was kommt als Nächstes? Die von der Opposition geforderten Eurobonds oder der Altschuldentilgungsfonds, den auch die Europaabgeordneten der FDP fordern?<br />BRÜDERLE: Mit mir nicht. Wir müssen die beschlossenen Instrumente wirken lassen, bevor wir wieder über Neues spekulieren. Eine Vergemeinschaftung von Schulden durch die Hintertür lehnt die FDP-Bundestagsfraktion ganz klar ab - egal ob sie in Form von Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds oder einer Banklizenz daherkommt. Wir sind solidarisch und helfen unseren europäischen Partnern, wieder für Investitionen attraktiv zu werden. Wir haben dafür den Fiskalpakt, den ESM und die EFSF auf den Weg gebracht. Rot-grüne Schuldunionspläne widersprechen unseren liberalen Grundüberzeugungen und wären pures Gift. Man muss für sein Handeln auch selbst die Verantwortung tragen. Wenn man aber Schulden macht und andere dafür haften, dann passt das nicht zusammen.<br />elde: Das Ansehen Europas hat sehr gelitten. Sehen Sie die Gefahr, dass wir Deutschen europamüde werden?<br />BRÜDERLE: Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen Europa nur wahr über manch unsinnige Verordnung. Denken Sie nur an die Glühlampen, die in allen Geschäften ausgetauscht werden mussten. Als hätten wir zur Zeit keine anderen Probleme! Dabei dürfen wir aber eines nicht vergessen: Europa ist viel mehr als eine gemeinsame Union. Die EU ist das größte politische Projekt, das es in Europa jemals gab. Es ist die Garantie für jahrzehntelangen Frieden, für unser Wirtschaftswachstum und für unseren deutschen Wohlstand. Europa hat seinen Preis, aber es hat vor allen Dingen einen Wert. Deswegen will ich ein starkes Europa und werbe leidenschaftlich dafür.<br /><br />Kontakt:<br />FDP<br />Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14<br />10117 Berlin<br />Telefon: 030 - 28 49 58 43<br />Telefax: 030 - 28 49 58 42<br />Mail: presse@fdp.de<br />URL: <http://www.fdp.de> 

## Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de  
presse@fdp.de

## Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de  
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit.

Liberalen haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.